

# Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.95 und 0.96 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 174.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 29. Juli 1931.

13. Jahrgang.

Das Leben der Selbstsucht und der Lieblosigkeit ist kein Leben, sondern der Tod.

F. v. Bodelschwingh f.

## Um die Existenz.

Von P. Bischoff, Redelingshausen.

Um „Sein oder Nichtsein“ ging der Kampf, den unser Volk 1914 bis 1918 gekämpft hat. Als 1918 der Kampf mit dem Zusammenbruch endete, und die Feinde die Friedensbedingungen diktierten, da stellte es sich heraus, daß wir als Volk und als Staat trotz vierjährigen Krieges, trotz Hungerblockade, trotz Friedensdiktat dennoch weiter lebten. Wir hatten unsere Existenz nicht verloren; wir existierten weiter, ja, wir existieren heute noch — aber wie existieren wir? — Gerade in der Frage nach dem „Wie“ liegt das wesentliche Motiv jedes Existenzkampfes.

Was heißt Existenz eines Volkes? In diesen Tagen geht es wieder um die Existenz, um das Weiterbestehen unseres Volkes. Nachdem wir die Existenz, wie wir sie vor 1914 hatten, verloren haben, handelt es sich jetzt um den uns noch gebliebenen Rest nationaler Existenz, von welchem viele Kreise unseres Volkes sagen, daß das keine Existenz mehr ist. Nicht nur wir, sondern wohl alle Völker sind in der Auffassung ihrer Existenz äußerst empfindsam und anspruchsvoll. Zur Existenz gehören Souveränität und Freiheit, Sicherheit und ein möglichst weiter Aktionsradius in wirtschaftspolitischer und außenpolitischer Hinsicht. Wenn diese notwendigen Attribute, wenn die Wahrzeichen nationaler Würde irgendwie angefaßt werden, gerät der ganze politische und diplomatische Apparat eines Volkes in Bewegung. Man ist bereit, auf Tod und Leben um die Freiheit und Sicherheit, um die Existenz des Volkes zu kämpfen und in einem Kriege va banque zu spielen. Lieber gar keine Existenz als eine irgendwie eingeschränkte und angefaßte — lieber tot als Sklave. — Darin liegt ein ungeheures Pathos. Man stellt in außenpolitischer Hinsicht ganz selbstverständlich die höchsten Ansprüche und Anforderungen an die Existenz eines Volkes. Man verlangt als unantastbare Bestandteile jeder nationalen Existenz Souveränität, Freiheit, Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeiten. Der außenpolitische Existenzbegriff enthält demnach eine so hohe Auffassung von der Existenz und einen so hohen Maßstab für das, was Existenz bedeutet, daß er kaum zu überbieten sein wird.

Von hieraus wird auch der innenpolitische Existenzbegriff in schärfster Beleuchtung gerückt, auch hier ist jeder Mangel, jede Einschränkung des Lebensrechtes, der persönlichen Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit eine Gefahr für das Leben des Volkes. Wenn bei dem heutigen Stande der Technik, durch die es möglich wäre, für alle Menschen Lebensmittel, Kleidung und Obdach bereit zu stellen, Millionen an allen diesen Dingen Mangel leiden, Millionen arbeitslos sind und irre werden an der Einheit und Solidarität des Volkes, wenn für sie die Worte Volk und Volksgemeinschaft zu leerem Schall und Rauch werden, wenn sie in ihrer Not und Verzweiflung mit der Frage, ob es einen gerechten Gott gibt, nicht fertig werden, wenn also ein ungeheurer großer Teil des Volkes darbt, verzweifelt, abstirbt, und wenn dann andere Teile desselben Volkes diesen Zustand kaum wahrnehmen und spüren, jedenfalls darin nicht den Ruf zur Buße, zur Umkehr, hier vielleicht der Wirtschaftsordnung vernahmen und darüber zur Tagesordnung übergehen — was ist das für eine Wirtschaft, was für ein Volk, was für eine Existenz? — Oder wenn lebenswichtige Organe eines Staates, und dazu ist trotz allem der Reichstag zu rechnen, trotz seiner gegenwärtigen Arbeitsunfähigkeit und gefährlichen Zusammensetzung, wenn solch ein Organ, welches normalerweise ein geordnetes, gesundes und kraftvolles Staatsleben gewährleisten soll, ausgeschaltet werden muß, damit nicht der Staat von den Parteien in ein Chaos verwandelt wird, — was ist das für eine Existenz? Also auch innenpolitisch haben wir eine äußerst fragwürdige Existenz. Millionen werden sagen: Dieser zerrissene Haufen ist kein Volk mehr, und wir ziehen nur die notwendige Konsequenz, wenn wir diesen Staat verneinen und vernichten, der nur noch äußerlich die Teile zusammenhält, die innerlich längst auseinandergefallen sind und sich gegenseitig bis aufs Blut bekämpfen.

Dieser in seiner Zerrissenheit fragwürdige Staat magt in den letzten brutalen Notverordnungen eine unerhörte innenpolitische Belastungsprobe; und die Deutlichkeit und Wirksamkeit der außenpolitischen Verhandlungen der letzten Zeit gründeten sich z. T. auf jene radikalen in-

nenpolitischen Maßnahmen der Notverordnungen, die ein Schlaglicht darauf werfen, wie der Existenzkampf innen- und außenpolitisch auf die Spitze getrieben ist. Ob der schwerer wiegende Teil der Existenzfrage in der Außen- oder Innenpolitik liegt, — man spricht gerade jetzt aus guten Gründen von dem Primat der Außenpolitik — wird theoretisch kaum zu lösen sein, praktisch wird bald das eine, bald das andere in den Vordergrund treten. Ein besonderes Licht aber fällt auf die Frage nach dem Primat, wenn wir uns von dem Existenzkampf des Volkes zu den Einzelexistenzen hinwenden, aus denen sich das Volksganze zusammensetzt. Wie das Schwerk Gewicht jeder Einzelexistenz wesentlich im Inneren des Menschen liegt, so wird auch das Schicksal des Volkes davon abhängen, mit welchem Ernst es den Kampf um seine innere Existenz führt, und ob die einzelnen Volksgenossen aus der Art dieses inneren Kampfes hoffen können auf eine ernstgemeinte Solidarität der verschiedenen Stände und Berufe. Diese Solidarität kann und muß in der Weise zum Ausdruck kommen, daß der Existenzbegriff in allen seinen möglichen Beziehungen auf das Volksganze und auf seine verschiedenen Stände mit der gleichen Sorgfalt angewandt wird. Es müssen die Anschauungen über die nationale Existenz des Volksganges in einem normalen Verhältnis stehen zu den analogen Forderungen, welche die Einzelexistenz betreffen. So eifrig und leidenschaftlich man außenpolitisch für das Volksganze eintritt und Raum und Möglichkeit zur Entfaltung seiner Kräfte fordert, ebenso ernst muß das Recht der Einzelexistenz verfochten werden. Es wäre ein unerträgliches Mißverhältnis, wenn man von einem Proletarier verlangt, daß er sich für eine ideale Existenz des Vaterlandes einsetzt, wenn gleichzeitig seine elende Existenz als Frage sekundärer Art behandelt wird. Heute wird Millionen Volksgenossen zugemutet, auf primitivste Art zu existieren. Die Wirtschaftskrise verschärft diesen Zustand von Monat zu Monat. Da diese Krisis infolge Veränderung in den Absatzgebieten und infolge fortschreitender Rationalisierung und Technisierung nicht eine vorübergehende, sondern eine grundsätzliche und dauernde ist, so handelt es sich nicht um eine Konjunkturkrise, sondern um eine Systemkrise. Wir werden also Millionen darben der Menschen auf unbestimmte Zeit verdrängen müssen, falls nicht eine grundlegende Änderung eintritt. Wir müssen uns daher theoretisch und praktisch darauf vorbereiten, daß die Dinge gründlich geändert werden. Solange Millionen keine Existenz haben, werden wir kein Volk sein. Ohne einheitliche Anwendung des Existenzbegriffes auf alle Teile des Volkes läßt sich weder innen- noch außenpolitisch etwas Befriedigendes erzielen, ja, wir haben dann nicht mal das moralische Recht, eine befriedigende Entwicklung zu erhoffen. (Schluß folgt.)

## Akute Sorgen in der Landwirtschaft.

Es mag vielleicht manchem Leser des „Aufwärts“, soweit er nicht selbst landwirtschaftlich eingestellt ist, überflüssig erscheinen, wenn in dieser Zeitung von Zeit zu Zeit ein Überblick über die Lage in der Landwirtschaft gegeben wird. Wird dürfen aber nicht übersehen, daß alle Nichtlandwirte, ob Arbeiter oder Gewerbetreibende im weitgehenden Maße und in mehrfacher Hinsicht schicksalsverbunden mit der deutschen Landwirtschaft sind. In den Kreisen der Nichtlandwirte darf man nicht verkennen, daß auch heute noch die Landwirtschaft das volkswirtschaftliche Fundament ist, auf dem unser Wirtschaftsleben in Deutschland sich aufbaut. Es ist durchaus nicht richtig, was neulich einmal aus hohem Munde betont worden ist, daß die Landwirtschaft wohl das deutsche Volk ernähren, aber allerhöchstens ein Drittel desselben beschäftigen könne. Der Herr Minister, der diese Weisheit an den Mann brachte, übersieht dabei, daß die Landwirtschaft außer den in ihr selbst Beschäftigten einem hohen Prozentsatz deutscher Industriearbeiter und auch den Gewerbetreibenden Verdienst geben kann, sofern sie zahlungskraftig ist. Aus diesem Grunde sollen uns die Sorgen und Nöte der Landwirtschaft zumindest nicht gleichgültig sein.

Als akute Sorgen dürfen zur Zeit zweierlei Fragen in den Vordergrund gestellt werden. I. Ist der Landwirt in der Lage, die diesjährige Ernte sicherzustellen, und II. wie kann er sie am zweckmäßigsten verwenden? Zu I. muß darauf hingewiesen werden, daß die Sicherstellung der Ernte 1. von der günstigen Witterung abhängig ist, 2. von dem Vorhandensein der nötigen Arbeitskräfte und 3. von der Möglichkeit, die Erntearbeiten finanzieren zu können. Die freundliche Mitwirkung der Sonne hängt nicht vom Menschenwillen ab, sondern wird uns durch

eine höhere Gewalt beschied. Dagegen ist die Arbeiterfrage eine Angelegenheit, welche durch die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse beeinflusst wird. Bekannt ist, daß im Laufe der Jahre mehrere Millionen Arbeiter das Land verlassen und ihr Dasein in den Städten aufgeschlagen haben. Dadurch ist schon an und für sich, obwohl wir heute immer noch 4 Millionen Arbeitslose haben, auf dem Lande ein gewisser Mangel an Arbeitskräften zu verzeichnen, der jedoch noch erträglich ist, wenn nicht durch Störungen irgendwelcher Art die Arbeit eingestellt wird. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß es höchst bedauerlich ist, wenn, wie es z. B. in der Provinz Sachsen der Fall ist, es kommunistischen Seßern gelingt, die Arbeiter von der Arbeit fern zu halten. Erfolgreicherweise stehen solche Fälle vereinzelt da und es darf wohl zum Ausdruck gebracht werden, daß das Vorhandensein großer Landarbeiterorganisationen unter ruhiger, vernünftiger Leitung dazu beiträgt, daß in der Landwirtschaft der miserablen Lage in der Landwirtschaft Rechnung getragen wird und trotz allen Ungemachs man mit besorgter, die Ernte unter Dach und Fach zu bringen. Dieses ist zu begrüßen und auch verständlich, da die Landarbeiter nicht das geringste Interesse daran haben können, wenn durch Preisgabe aller Vernunft die Ernte gefährdet und damit die Landwirtschaft den letzten Todesstoß erhält. Das wäre nicht nur zu bedauern im Interesse der Landwirtschaft selbst, sondern auch des gesamten deutschen Volkes, welches außer der Kriegszeit, noch nie aus der gegenwärtigen Weltlage so deutlich die Notwendigkeit vor Augen geführt bekommen hat, mit allen Mitteln unsere Landwirtschaft in die Lage zu bringen, daß sie aus eigener Kraft die Ernährung des deutschen Volkes sicherstellen kann. Dabei fällt der Landarbeiterfrage eine große Aufgabe zu, indem sie alles unterläßt, was dieses Ziel gefährden kann. Damit soll natürlich nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer auf erworbenene Rechte oder auf ein menschenwürdiges Dasein verzichten sollen. Man muß von der Einsicht der Arbeitgeber erwarten, daß sie nach dem Grundsatz, Treue um Treue, in sozialen und sonstigen Lebensinteressen der Arbeiterschaft gerecht werden, soweit das irgend möglich ist.

Eine weitere Sorge ist, ob die Landwirte im Besitze genügender Vorräte sind, um die diesjährige Ernte finanzieren zu können. Leider ist das nicht der Fall. Fällige Wechsel und Steuerpflichtigkeiten, welche nach der letzten Notverordnung bei Verzug noch durch erhebliche Zuschläge erhöht werden, bilden die tägliche Sorge des Landmannes. Er weiß daher nicht, woher er die Kosten für die Einbringung der Ernte nehmen soll. Aus den Kreisen der Landwirtschaft ist mit aller Dringlichkeit bereits ein Moratorium gefordert, um der augenblicklichen Schwierigkeiten Herr zu werden. Bis jetzt ist eine solche Forderung unerfüllt geblieben, ebenso der Ruf nach einer Stützungsaktion von Seiten des Reiches, um durch Gewährung von Krediten die Erntekosten bestreiten zu können. Auch in dieser Hinsicht darf man nicht viel Hoffnung haben, da ja jedermann weiß, wie ernst und trostlos die finanzielle Lage des Reiches selbst ist. Man muß daher zu anderen Hilfsmitteln greifen. Von mehreren Seiten sind verschiedene Wege in Vorschlag gebracht, welche ermöglichen sollen, daß der Landwirt im Besitze genügender Zahlungsmittel ist, damit er der Notwendigkeit entgegen, sein Getreide frühzeitig auf den Markt werfen zu müssen, was unter Umständen eine große Preislenkung und damit eine Schädigung der Landwirtschaft zur Folge haben kann. Unter anderem wird in interessierten Kreisen darauf hingewiesen, daß in diesem Jahr der Geldarmut gerade die Lohnzahlung für die Arbeiterschaft eine starke Belastung der landwirtschaftlichen Arbeitgeber darstellt. Es ist deshalb der Gedanke in die Debatte geworfen, die Arbeiter an Stelle von Barlohn mit Naturallohn abzufinden. Obwohl ein solcher Vorschlag manches für sich haben kann, vielleicht auch für die Arbeitgeber eine wesentliche Erleichterung bedeutet, ist doch anzunehmen, daß er nicht allseitige Zustimmung finden wird. Von Seiten der Arbeitnehmer wird man das Bedenken nicht ganz von der Hand weisen können, da, abgesehen von mancherlei Scherereien, die Arbeitnehmer niemals genau wissen können, zu welchen Preisen die Naturalien zu verkaufen sind und ob damit der vereinbarte Barlohn erzielt wird. Aber auch in anderen Kreisen stößt man bei der Erörterung dieser Frage auf einige Bedenken. In Nr. 333 der Deutschen Tageszeitung hat sich ein Herr Dr. J. Ruhn-Dreß mit dieser Frage beschäftigt und zugegeben, daß unter bestimmten Verhältnissen der reine Naturallohn als Aushilfsmittel unentbehrlich ist, vor einer generellen Anwendung in Form der Lohnzahlung durch Roggen aber nicht genug gewarnt

werden könne. Der Verfasser verweist auf die Erfahrungen des Jahres 1923, wo man dieses Experiment überstürzt gemacht habe. Die Folge sei gewesen, daß durch ein völlig regelloses und desorganisiertes auf den Markt Werfen die Preise bis zu 40 Prozent unter den Weltmarktpreis absinken konnten, und daß eine Wiederholung ebenso ruiniös auf die Preisgestaltung wirken müsse wie 1923. Es ist zu glauben, daß ein Vergleich mit dem Jahre 1923 nur bedingt richtig ist. Für das Herabgleiten der Preise um die damalige Zeit waren auch noch andere Faktoren maßgebend, z. B. als einer der wichtigsten, daß die deutsche Landwirtschaft im Jahre 1923 für ihre Getreidearten keinerlei Zollschutz besaß. Ferner darf darauf hingewiesen werden, daß damals wohl kaum ein deutsches Produkt, in Goldwert umgerechnet, den normalen und bisher gewohnten Preis erzielte. Andererseits war damals die Einführung der Roggenlöhne geradezu eine rettende Tat im Interesse der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer, die auf diese Weise wenigstens einigermaßen eine Bezahlung der von ihnen geleisteten Arbeit nicht mit scheinbaren, sondern in wirklichen Werten erhielten. Die Befürchtung, daß durch ein desorganisiertes Verkaufen der Naturalien die Preise beeinflusst werden könnten, ist eine Annahme, deren Berechtigung durchaus nicht erwiesen ist. Wir dürfen außerdem nicht vergessen, daß mit Beginn der neuen Ernte die Vorratslage eine durchaus günstige ist. Wenn also auf dem Wege einer reinen Naturalabrechnung dem Arbeitgeber die Möglichkeit erleichtert wird, mit seinen Verkäufen bis zu einem zweckmäßigen Termin zurückzuhalten, dann ist nicht anzunehmen, daß die allerdings vielen, aber kleinen Verkäufe der Arbeiter eine preisgestaltende Wirkung haben könnten. Außerdem sind wir ja als organisationsfähiges Volk bekannt, sodaß auch in diese Angelegenheit eine gewisse Ordnung gebracht werden könnte. Im übrigen handelt es sich um Anregungen, die sicherlich nicht blindlings aufgenommen werden, sondern einer Prüfung zu unterziehen sind. Ergibt sich die Möglichkeit einer Durchführung, ohne daß der eine oder andere Teil dabei Schaden erleidet, der Landwirtschaft damit aber ein Dienst erwiesen wird, dann soll man die in dieser Diskussion auftauchenden Anregungen nicht ohne weiteres als undurchführbar abtun.

Die zweite Sorge, ob der Landwirt die diesjährige Ernte zweckentsprechend verwerten kann, indem ihm genügend Vorräte zur Seite stehen, die einen Verkauf zu günstigen Terminen ermöglichen, ist bereits teilweise mit beantwortet worden. Es darf aber gesagt werden, daß eine Umgestaltung der Löhne allein keine Rettung bringen wird. Wenn das rigorose Vorgehen mancher Steuerbehörden nicht aufhört und wenn der Landwirt seinen Gläubigern gegenüber nicht genügend geschützt wird, dann ist er gezwungen, seine Ernte schleunigst zu verkaufen, um der Zwangsversteigerung zu entgehen. Es tritt dann ein, was heute vielfach befürchtet wird, daß durch umfangreiche Verkaufsangebote ein Preisdruck erzielt wird, der dann auch in diesem Jahre wieder dazu beiträgt, die Mühen des Landwirtes unbelohnt zu lassen.

W. W.

## Französische Schauermärchen über Deutschland.

Wer mit dem politischen Schrifttum in ständiger Fühlung steht und durch Auslandsreisen seine Eindrücke vertiefen und erweitern kann, der wird sich über die französische Propaganda ein klares Bild machen können. Propaganda hat bekanntlich nur dann Erfolg, wenn sie sich auf wenige Grundgedanken beschränkt, diese aber immer und immer wieder, wenn auch in mannigfaltigster Gestalt, wiederholt. Die französische Propaganda wird diesem Gesichtspunkte zweifelslos gerecht. Zwei Gedanken bilden ihr Kernstück: die Mär von zwei verschiedenen Deutschland und die „geheimen Rüstungen“.

In Zeitungen, Büchern, Reden usw. wird oft und gern von einem Deutschland, das nach Vergeltung schreit und

diese auch mit allen Mitteln zielbewußt vorbereitet und vom „friedlichen“ Deutschland gesprochen. Zum revanchelusternen Deutschland gehören vor allem die Nationalsozialisten, Deutschnationalen, der Stahlhelm und die Reichswehr. Das kriegslusterne Deutschland soll sehr stark sein, über einflußreiche Verbindungen verfügen und die gleichen Anschauungen vertreten wie das „ruhestörende“ Kaiserreich.

Als typische Vertreter des „friedliebenden“ Deutschlands werden Förster, Dr. Moenius, der Begeisterer des deutschen Frontsoldaten, Remarque und andere hingestellt. Zeitungen wie „Vorwärts“, „Berliner Tageblatt“, „Vossische Zeitung“ und manchmal die „Germania“ gelten als Sprachrohre des „friedliebenden“ Deutschlands. Die Vertreter des kriegslusternen Deutschlands sind dagegen der Kronprinz, v. Seedorf, Hugenberg, Hitler und noch andere. Zeitungen wie „Kreuzzeitung“, „Völkischer Beobachter“ usw. werden als Sprachrohre des revanchelusternen Deutschlands betrachtet.

Nächst dem Vorhandensein zweier verschiedener Deutschland liefern die „geheimen Rüstungen“ viel Stoff. Nicht nur französische Winkelblätter, sondern große Zeitungen und bekannte Schriftsteller geben sich zur Verbreitung der unglaublichsten Märchen her. Eine erste französische Zeitung hat kürzlich behauptet, daß Deutschland Flugzeuge herstellt, die sich zum schnellen Umbau zu Kampfflugzeugen eignen. Wenn auch die Sachverständigen wissen, daß Kampfflugzeuge nur kurzgespannte Doppeldecker mit starken Motoren sind, die in Deutschland gemäß dem Versailler Diktat nicht gebaut werden dürfen, so glaubt der Leser doch daran.

Wahre Schauermärchen enthält ein viel gelesenes Buch von Maurice Laporte, „Der Stahlhelm“. Sechs Wochen bei Hitler und den Bolschewiken“. Aus dem Titel müßte man annehmen, daß Laporte sechs Wochen mit Hitler gewesen ist. Das trifft aber nicht zu. Laporte kennt weder Hitler noch die Führer des Stahlhelms. Er hat lediglich einigen Versammlungen der Nationalsozialisten und des Stahlhelms beigewohnt. Laporte will aber wissen, daß der Stahlhelm 1500 000 Mitglieder (!) hat, die Armee Wilhelms II. reorganisieren und den Kaiser oder einen der Hohenzollern auf den Thron setzen will. (Seite 54). Deutschland soll Hand in Hand mit Rußland arbeiten. Laporte behauptet, daß die Deutschen in Rußland u. a. eine Fliegertruppe und eine chemische Abteilung zur Herstellung von Tränengasen gegründet haben. Ferner will er mit eigenen Augen (!) deutsche Kriegsluftzeuge gesehen haben, die geräuschlos sind und aus einer Entfernung von 200 Kilometern elektrisch geleitet werden können. Er will außerdem in Kiel ein deutsches Flugzeugmuttergeschiff besichtigt haben.

Am tollsten lügt Laporte in bezug auf die Nationalsozialisten, die in Italien gern und in Frankreich sehr ungern gesehen werden. Er schreibt, daß Hitler wohl ein hinreichender Redner, doch ein brutaler und inkorrekt Mensch sei. Sein Vater war ein Österreicher, seine Mutter eine Tschechin (!). Hitler selbst soll ein österreichischer Jagdenflüchtiger (!), ein Spion und Handlanger schlechten Rufes gewesen sein. Die Nationalsozialisten seien überhaupt „Bangermanisten“ reinsten Wassers. Sie erstreben einen Krieg gegen Frankreich. Dabei werden sie von der deutschen Industrie (!) unterstützt und von den Sowjets bestochen (!).

Das Buch ist in Frankreich und französisch sprechenden Ländern sehr verbreitet. Seine Schauermärchen werden oft wiedergegeben und geglaubt.

Daß Frankreich die Lügen über die „geheimen Rüstungen“ dazu benutzte, um seine Rüstungspolitik vor dem französischen Volk und der Welt zu begründen, ist nicht verwunderlich. — Erstaunlich ist es aber, daß Deutschland die plumpen und kindischen Verdächtigungen, die tagtäglich in Zeitungen zu lesen und in Reden zu hören sind, über sich ergehen läßt. Man soll diese Dinge nicht gering achten. Northcliffe hat uns mit seiner Lügenpropaganda im Kriege mehr geschadet, als manche verlorene Schlacht und manche verpaßte Gelegenheit. E. F. R.

## Macdonalds Besuch.

— Berlin, 28. Juli.

Der Besuch, den der englische Ministerpräsident MacDonald und der Minister des Auswärtigen Henderson gegenwärtig der Reichsregierung abstatten, ist zunächst ein Akt der Höflichkeit: die Erwidmung des deutsch-englischen Wochenendes von Chequers, daneben aber auch eine Gelegenheit der Politik.

In MacDonald begrüßt das deutsche Volk den ersten Regierungschef einer Großmacht, der in der Nachkriegszeit Berlin offiziell aufsucht. Dieser Besuch ist uns um so wertvoller, als er in einer Zeit erfolgt, in der Deutschland in schärfstem Kampf gegen die Not steht und kurz nach einer internationalen Konferenz, der sehr bald andere werden folgen müssen. Man darf daher erwarten, daß MacDonald und Henderson die neue Begegnung als eine Gelegenheit dafür benutzen werden, die Lösung der Fragen vorzubereiten, deren Schatten noch immer unter unsern Füßen verbleiben.

Während der Tage, da die englischen Gäste in Berlin weilen, wird das deutsche Volk alle seine Kräfte anspannen müssen, um durch Maßnahmen aus eigener Kraft normale Verhältnisse im Zahlungsverkehr zu schaffen. MacDonald und Henderson werden so die Größe der Opfer, die unser Volk bereits gebracht hat und der, die zu bringen es im Begriff ist, in ihrer richtigen Größe erkennen, ebenso aber auch die Begrenzung der Wirkung, die diese Opfer haben können. Zur endgültigen Beseitigung der europäischen Schwierigkeiten bedarf es einer wirklichen Lösung der Tribut- und der Abrüstungsfrage und daher des Zusammenwirkens der Mächte. Mit Rücksicht darauf ist der englische Staatsbesuch in der deutschen Hauptstadt auch im Zeitabschnitt der deutschen Selbsthilfe höchst zeitgemäß.

Greifbare Ergebnisse wird man allerdings von diesem Besuch nicht erwarten dürfen. Vorerst wird die internationale Politik auch weiterhin eine abwartende Haltung einnehmen; die Fortschritte, die die aktive Friedenspolitik in nächster Zeit macht, werden daher äußerlich erst erkennbar sein, wenn in den Herbstmonaten eine neue Konferenz zusammentritt, um die Punkte zu behandeln, um die man in London ängstlich herumgegangen ist.

Englands Ministerpräsident Ramsay MacDonald steht jetzt im vierten Jahrzehnt im politischen Leben. Geboren wurde er 1866 als Sohn einer armen schottischen Landarbeiterfamilie in Dufftown. Dieser Herkunft entsprechend, ging MacDonald in jungen Jahren als Knecht hinter dem Pflug. Dann führte ihn sein Weg nach London. Dort angekommen und ohne irgendwelche Mittel, von denen er leben konnte, wanderte MacDonald durch die Straßen, um sich Brot und Arbeit zu suchen. Als er endlich einen Posten gefunden hatte, war es ein so unbedeutender und schlecht bezahlter, daß damals der zukünftige Ministerpräsident des englischen Weltreiches mit 75 Pfennigen für den Tag seinen Haushalt bestreiten mußte. Inzwischen hatte MacDonald sich in das politische Leben gestürzt. Seine ersten Spuren verbiente er sich als Privatsekretär bei dem radikalen Politiker Thomas Bough, dann beteiligte sich MacDonald mit wachsendem Erfolg schriftlich. 1893 zählte er bereits zu den Gründern der „Unabhängigen Arbeiterpartei“.

Mit dem Jahre 1900 begann MacDonalds eigentliche politische Laufbahn. Als 1914 der Krieg ausbrach, kämpfte MacDonald mit seiner engeren Arbeiterpartei den Eintritt Englands in den Krieg. Dafür hatte er schwer zu leiden. Zeitweilig mußte er ersthaft für sein Leben fürchten. In der Kriegsschuldfrage vertrat MacDonald schon 1914 den Standpunkt, daß Rußland durch seine Mobilisierung den Krieg unvermeidlich gemacht habe. In einem 1915 erschienenen Buch „Zehn Jahre Geheimdiplomatie“, das inzwischen zahlreiche Auflagen erlebt hat, erblickt er in der französisch-englischen Marokkopolitik eine der Hauptursachen der Weltkatastrophe. Dementsprechend lehnte MacDonald den Gewaltfrieden von Versailles und die folgende Entwicklung ab. Nach dem Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet bekämpfte er diesen Schritt als einen Bruch des Vertrages von Versailles, und ebenso bekämpfte er die Kabinette Bonar Law und Baldwin offen, weil sie dies Vorgehen der Franzosen duldeten.

So kam es zu den Dezemberwahlen von 1923, bei denen die Arbeiterpartei eine außergewöhnlich große Zahl neuer Sitze gewann und nun mit einem Schläge regierungsfähig wurde. Nach einigem Schwanken entschloß sich dann MacDonald, das Ruder der Regierung selbst zu ergreifen. So

## Worum geht es?

Rede in der Eröffnungsversammlung der Weltkonferenz für Jungmännerarbeit am Abend des 27. Juli 1931 in Toronto

von D. Erich Stange, Vorsitzender der Konferenz.

Im Auftrage des Weltbundesvorstandes und seiner Arbeitsgruppe für Jungmännerarbeit eröffne ich in dieser Stunde die Weltkonferenz für Jungmännerarbeit und heiße Sie alle herzlich willkommen.

Worum geht es?

Wir sind hier eine Schar von Menschen aus allen Teilen der Erde. Die Weltwege, die wir zurückgelegt haben, umschlingen den Erdball wie ein vielfältiges Band. Fast alle Völker der Erde sind hier vertreten. In unserem Munde und in unserem Denken strömt die Geschichte der uralten Nationen des fernen Ostens, des schicksalsschweren Europa, der jungen Erdteile Amerika und Australien und des eben erst aus langem, dumpfem Schlaf erwachenden Afrika zusammen.

Was bedeutet dies alles?

Bedeutet es nur, daß hier eine der unzähligen internationalen Konferenzen stattfindet, die in unseren Tagen „Mode“ geworden sind? Wollen wir der Welt zeigen, daß es Menschen gibt, die sich über die Gegensätze der Politik, der Rassen und der Sprachen hinweg die Hände reichen? Wollen wir ein Zeugnis davon ablegen, daß in Jesus Christus eine Einheit vorhanden ist, die durch nichts zerstört werden kann?

Ja, das wollen wir! Aber dazu brauchen wir diese Konferenz nicht. Im Gegenteil ist es sehr nötig, zu betonen, daß die Einheit, die uns verbindet, unabhängig

ist von menschlichen Organisationen. Wir glauben an sie, wie wir an die eine heilige, christliche Kirche glauben.

Worum geht es? Wir sind hier zusammen als Vertreter eines großen weltweiten Jugendwerkes. Der Christliche Jungmännerweltbund ist die älteste Jugendinternationale der Welt. Seine Organisation in Genuß ist besser ausgebaut als irgendeine andere ähnlicher Art.

Sind wir hier zusammengekommen, um vor der Welt zu demonstrieren? Haben wir die Absicht, mit unserer großen Zahl zu prunken. Wollen wir die Tüchtigkeit unserer Organisation rühmen?

Hoffentlich ist niemand unter uns, der diese Absicht hat. Wir hätten damit von vornherein unsere Konferenz wirkungslos gemacht. Jesu Jünger geben das Geheimnis ihrer Kraft auf, wenn sie ihren Ruhm in Organisationen und Statistiken suchen. Uebrigens werden die Leute ringsum dann auch recht schnell über uns zur Tagesordnung übergehen; denn der Welt mit Organisationen geholfen werden könnte, dann müßte ihr schon längst geholfen sein! Hüthen wir uns, daß wir den Sinn unserer Zusammenkunft nicht mißverstehen!

Worum geht es also? Wir sind hier zusammen als eine Konferenz, die sich mit Jungmännerarbeit beschäftigt. Es ist uns klar geworden, daß ein christliches Jungmännerwerk hier vor seiner entscheidenden Aufgabe steht. Es mag wichtig sein, die Jungmännerarbeit in neuen Formen zu gestalten. Es ist vielleicht auch nötig, heute schon dem Knaben zu eigener Lebensgemeinschaft zu helfen. Wir freuen uns, daß gleichzeitig mit uns hier in Toronto eine Tagung für Jungmännerarbeit zusammentritt. Aber unser Werk verliert doch seinen Sinn und seine Berechtigung, wenn es scheu oder hilflos an dem jungen Mann vorübergeht.

Ist es nicht so, daß wir in allen Teilen der Welt ein

wenig verlegen sind, wie wir unser Werk unter den jungen Männern aufbauen wollen? Sind wir nicht hierher gekommen, um neu zu erfassen, was Jungmännerarbeit bedeutet? Hoffen wir nicht darauf, daß uns hier im Austausch der Erfahrungen aus allen Teilen der Welt wertvolle Winke gegeben werden, um die technische Seite unserer Jungmännerarbeit zu verbessern?

Sicherlich hoffen wir darauf. Ich wünsche, es wären recht viele unter uns, die mit einer so praktischen Erwartung hierhergekommen wären und den Wunsch haben, von anderen zu lernen. Sie würden sicherlich am wenigsten von dieser Konferenz enttäuscht werden. Wir hoffen, daß die Aufteilung der Konferenz in viele kleine Arbeitsgruppen jedem Gelegenheit gibt, seine Fragen zu stellen und Beobachtungen zu machen.

Aber hoffen wir sonst nichts? Würde dieser praktische Zweck eine Weltkonferenz rechtfertigen, die unter so schwierigen Verhältnissen zusammenkommt? Ist nicht der Druck der Bücher und Zeitschriften schon seit Jahrhunderten erfunden worden? Kostet nicht ein Brief von Peking bis Neuseeland nur 25 Pfennige? Kann man nicht auch auf diesem Wege Erfahrungen austauschen und Fragen stellen?

Darum muß noch einmal gefragt werden: Worum geht es eigentlich?

Es gibt eine Tatsache, die viel ernster ist, als alle methodischen Fragen unseres Werkes. Es gibt einen Tatbestand, der ist wichtiger als die Organisationen, die wir aufbauen. Es gibt eine Wirklichkeit, die ist ganz realistisch und uns allen ganz unheimlich nahe. Dieses ist es, was uns zusammengeführt hat und was unsere Aufmerksamkeit und unser Denken eine Woche lang ununterbrochen in Anspruch nehmen soll. Ich will es mit einem ganz kurzen Wort sagen, was dies ist: Es ist der junge

wurde er De  
land, als er  
vorstellte. A  
englischen A  
des Jahres  
paliven das  
führten die

Minister

In En  
strafen am  
donald und  
Besuch in  
einem Flug  
später auf  
der Eisenba  
Ehren der  
zu einem G

Von der  
die englische  
treter eines  
seiner öffent  
ständnis für  
eines solidar  
in den zwei  
ihres aufrech  
nalen Solid

„Vor all  
gen der engl  
teleuropäische  
bienen unfer  
Moralatorium

Die Eng

don nicht das  
wesen sein  
britischen Stie  
niffen diese  
inhaltsreicher  
Lösung ohne  
England, son  
Weltreise bet

Wir wiss

doner Verha  
und daß auch  
nanzpolitik st  
Frieden zu

Die „B

lischen Minis  
ein Recht au  
kurzfristig un  
wenn das de  
politischen M  
beirren ließe  
land und An

begrüßt dann  
einer Politik  
Macht richtet  
eine bessere

Die „B

niffen, daß  
freimütig der  
ganze Lügen  
vernichten. D  
ist andererlei  
Staatsmänn  
friedens klar

Die „D

von dem eng  
deutsch-englis  
wie von d  
Amerika, hän  
gen die Zukun

Die „D

aus: „Das de  
Staatsmänn  
unter dem stä  
zweifelslos gl

Mann von h

ihn geht es

Der junge

Menschheit.

ie, in der e

eine neue F

ktionen der

kunft. In de

sammen und

werden Welt

Hier ist der

schon Mensch

Einsamkeit u

und seiner S

ch.  
28. Juli.  
ident Mac-  
Henderson  
zunächst ein  
ch-englischen  
ch eine An-

den ersten  
achkriegszeit  
um so wert-  
utschland in  
nach einer  
ere werden  
Macdonald  
Gelegenheit  
vorzuberei-  
verbunkeln.  
e in Berlin  
anspannen  
er Kraft  
zu schaffen.  
der Opfer,  
zu bringen  
erkennen.  
g, die diese  
tigung der  
wirklichen  
und daher  
sicht darauf  
Hauptstadt  
höchst zeit-

von diesem  
die intere-  
de Haltung  
edenspolitik  
erst erkenn-  
Konferenz  
m die man

Mac-  
politischen  
iner armen  
th. Dieser  
gen Jahren  
n sein Weg  
gendwelche  
Macdonald  
suchen. Als  
ein so un-  
der zukünf-  
es mit 75  
iten mußte.  
Leben ge-  
als Privat-  
ough, dann  
olg Schrift-  
ändern der

eigentliche  
sbrauch, be-  
epartei den  
schwer zu  
eben für-  
schon 1914  
ne Mobil-  
In einem  
diplomatie",  
bildet er in  
der Haupt-  
ad die fol-  
Franzosen  
inen Bruch  
ppte er die  
eit sie dies

bei denen  
Zahl neuer  
rungsfähig  
dann Mac-  
reisen. So

er den jun-  
ndt hierher  
innerarbeit  
er im Aus-  
Welt wert-  
Seite un-

es wären  
en Erwar-  
sch haben,  
am wenig-  
Wir hoffen,  
e Arbeits-  
zu stellen

praktische  
unter so  
ndt nicht der  
hrhunder-  
on Beking  
nicht auch  
nd Fragen

orum geht

s alle me-  
en Talbe-  
die wir  
anz reali-  
es ist es,  
Aufmerk-  
ununter-  
mit einem  
der junge

wurde er der erste sozialistische Premi-  
minister von Eng-  
land, als er am 22. Januar 1924 dem König sein Kabinett  
vorstellte. Die Amtsdauer dieser ersten Regierung der  
englischen Arbeiterpartei war sehr kurz; schon im Oktober  
des Jahres 1924 nahm wieder eine Regierung der Konser-  
pativen das Steuer in die Hand. Eine neue Wendung  
führten die Wahlen von 1929 herbei, durch die dann Mac-

donald zum zweiten Male die Leitung der englischen Po-  
litik übernahm.

Als wichtige Handlungen Macdonalds verdienen noch  
Erwähnung seine Reise nach Amerika und der dadurch an-  
gebahnte englisch-amerikanische Ausgleich sowie der ver-  
suchte Ausgleich mit Indien.

## Staatsbesuch aus England.

Ministerpräsident Macdonald und Außenminister  
Henderson in Berlin.

In Erwiderung des deutschen Besuches in Chequers  
trafen am Montag der englische Ministerpräsident Mac-  
donald und Außenminister Henderson zu einem offiziellen  
Besuch in Berlin ein. Während Macdonald zunächst mit  
einem Flugzeug nach Berlin kommen wollte, hat er sich  
später auf Grund ungünstiger Wetterberichte zur Benutzung  
der Eisenbahn entschlossen. Der Reichskanzler hatte zu  
Ehren der englischen Gäste für Montag Abend Einladungen  
zu einem Essen ergehen lassen.

Von den Berliner Zeitungen heißt die „Germania“  
die englischen Staatsmänner in einem Leitartikel als Ver-  
treter eines Volkes willkommen, das in seiner Presse und  
seiner öffentlichen Meinung ein immer steigendes Ver-  
ständnis für die deutsche Notlage und die Notwendigkeit  
eines solidarisches Vorgehens gezeigt und dessen Regierung  
in den zwei Jahren ihres Bestehens überzeugende Beweise  
ihres aufrichtigen Friedenswillens und ihrer internatio-  
nalen Solidarität abgelegt habe.

„Vor allem aber die wirtschaftspolitischen Anstrengun-  
gen der englischen Regierung um eine Bänderung der mit-  
teleuropäischen Wirtschaftskrise“, führt das Blatt fort, „ver-  
dienen unsere dankbare Anerkennung und können dem  
Moratoriumsschritt gleichwertig an die Seite gesetzt werden.“

Die Engländer wissen ebenso gut wie wir, daß Lon-  
don nicht das letzte Wort in den Finanzschwierigkeiten ge-  
wesen sein kann, und es darf erwartet werden, daß die  
britischen Staatsmänner gemeinsam mit den deutschen Mi-  
nistern diejenigen Schritte beraten, welche einer künftigen  
inhaltsreichen Konferenz vorarbeiten und den Weg zu einer  
Lösung ebnen können, der nicht nur für Deutschland und  
England, sondern für alle Kulturenationen den Weg aus der  
Weltkrise bedeuten könnte.

Wir wissen, daß die englische Regierung von den Lon-  
doner Verhandlungen ebenso wie wir mehr erwartet hat  
und daß auch sie unter dem Druck einer französischen Fi-  
nanzpolitik steht, die mit goldenen Regeln einen Krieg im  
Frieden zu führen sucht.

Die „Bosche Zeitung“ führt aus, die eng-  
lischen Minister kämen als erprobte Freunde zu uns, die  
ein Recht auf dankbare Gesinnung hätten. Es wäre aber  
kurzsichtig und entspräche nicht der Größe des Augenblicks,  
wenn das deutsche Volk sich in der klaren Erkenntnis der  
politischen Notwendigkeiten durch Gefühle und Stimmungen  
beirren ließe. Eine Politik, die sich ausschließlich an Eng-  
land und Amerika wende, sei partiell gekürzt. Das Blatt  
begrußt dann die englischen Staatsmänner als Vorkämpfer  
einer Politik der Zusammenarbeit, die sich gegen keine  
Macht richtet, sondern aus der Auflösung der Gegensätze  
eine bessere Zukunft für alle erwartet.

Die „Börsenzeitung“ wünscht den englischen Mi-  
nistern, daß sie die Dinge sehen, wie sie wirklich sind und  
freimütig den ersten mutigen Schritt tun mögen, um dieses  
ganze lägenhafte Nachkriegsdiktats und Vertragswerk zu  
vernichten. Das Blatt warnt vor übertriebenen Hoffnungen,  
ist andererseits aber davon überzeugt, daß die englischen  
Staatsmänner sich über die Ursache des europäischen Un-  
friedens klar sind.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erhofft  
von dem englischen Besuch eine weitere Förderung der  
deutsch-englischen Beziehungen und bemerkt dabei, ebenso  
wie von dem Verhältnis zwischen Deutschland und  
Amerika, hänge auch von den deutsch-englischen Beziehun-  
gen die Zukunft Europas ab.

Die „Deutsche Tageszeitung“ führt u. a.  
aus: „Das deutsche Volk würdigt den Besuch der englischen  
Staatsmänner um so mehr, als es sich gegenwärtig selbst  
unter dem stärksten Druck Frankreichs befindet und als hier  
zweifelslos gleichgerichtete Interessen vorliegen.“

Mann von heute. Um feinetwegen sind wir hier. Um  
ihn geht es.

Der junge Mann ist zu allen Zeiten der Kreuzweg der  
Menschheit. In den Jahren, wo der Mensch seine Familie,  
in der er aufgewachsen ist, verläßt und sich rüstet,  
eine neue Familie zu gründen, kreuzen sich die Tradi-  
tionen der Vergangenheit mit den Entdeckungen der Zu-  
kunft. In der Seele des jungen Mannes stoßen beide zu-  
sammen und zerfleischen sich oft in heißem Kampfe. Hier  
werden Welten zertrümmert und Welten neu aufgebaut.  
Hier ist der Kreuzweg zwischen Himmel und Erde, zwi-  
schen Mensch und Gott. Was der Mensch ist mit seiner  
Einsamkeit und seiner Schuld, und was es mit Gott ist  
und seiner Herausforderung an den Menschen, das wird  
niemals so deutlich wie in diesen Jahren, die der junge  
Mann durchlebt. Die Bestie im Menschen und das Got-  
teskind — beide schauen uns aus den hellen Augen an,  
mit denen der junge Mann in die Welt hinausschaut.

Das war immer so. — Immer schon ging es hier um  
Tod und Leben. Nicht ohne Grund hat einer der weisen  
Männer der Welt gesagt, daß man Jünglinge wegen  
müsse, wenn man Männer haben wolle. Das christliche  
Jungmännerwerk der Welt ist aus solcher Verantwort-  
ung heraus entstanden.

Und doch ist es heute etwas anders als sonst. Soll ich  
es so ausdrücken, daß der Kampf im Herzen eines jun-  
gen Mannes heute in allen Teilen der Welt ernstest ist  
als je? Liegt es daran, daß die Vergangenheit, aus der  
er herkommt, in sich selbst brüchig geworden ist? Ist die  
Zukunft unklarer als sonst? Oder darf ich es nicht viel  
einfacher so aussprechen: Die Menschheit selbst gleicht in  
unseren Tagen dem jungen Mann. Sie hat ihre ruhige  
Entwicklung verlassen. Sie ist selbst zum Kreuzwege ge-  
worden. Was Jahrhunderte hindurch sicher schien und

Weder Deutschland noch England können sich auf die  
Dauer mit einem von Frankreich völlig beherrschten, ja  
unterjochten Europa abfinden, auch wenn diese Hegemonie  
durch mehr oder weniger freiwillige Bündnisse oder Ver-  
träge verkleinert wird. Wenn Frankreich den Bogen weiter  
überspannt, so wird es zwangsläufig Gegenkräfte in der  
Welt wecken, die es schließlich von seiner mißbrauchten Vor-  
machtsstellung wieder verdrängen.

Das Blatt hofft zum Schluß, daß die neuen deutsch-  
englischen Verhandlungen in Berlin die beiden nahe ver-  
wandten Völker wieder näher zu einanderführen und eine  
aufrichtige, den Interessen beider Staaten dienende Zusam-  
menarbeit vorbereiten.

### Macdonalds Empfang.

— Berlin, 28. Juli.

Zur Begrüßung des englischen Ministerpräsidenten  
auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin hatten sich  
Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsaussenminister Dr.  
Curtius, Staatssekretär von Bülow, Oberbürgermeister Dr.  
Sahm eine Anzahl höherer Beamter, der britische Außen-  
minister Henderson, der britische Botschafter, Sir Horace  
Rumbold, und das Personal der Botschaft auf dem Bahn-  
steig eingefunden.

Von dem Augenblick an, wo Macdonald den Wagen  
verließ, bis zu seiner Abfahrt vom Bahnhofportal wurde  
er von einer großen Menschenmenge mit freundlichen Zu-  
rufen in außerordentlich lebhafter und herzlicher Form be-  
grüßt. Die Begleitung der Menge, die auch die Völke-  
rverständnis und den Weltfrieden hochleben ließ, hielt  
bis zur Abfahrt des letzten Wagens an.

### Französische Irrtümer.

Richtigstellung der Pariser Meldungen über Stimsons  
Unterredung mit Groener.

Die französischen Zeitungen bringen Meldungen, nach  
denen Stimson während seiner Anwesenheit in Berlin in  
einer Unterredung mit dem Reichswehrminister Groener eine  
„energische und erfolgreiche Offensive auf dem Gebiete  
der Abrüstung in die Wege geleitet hat“, nämlich in der  
Richtung, daß Deutschland auf den Bau des dritten Panzer-  
kreuzers verzichtet hat.

Wie dazu von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, ist  
diese Meldung nur insoweit richtig, als Staatssekretär  
Stimson eine Unterredung mit Minister Groener gehabt  
hat. Dabei ist jedoch die Abrüstungsfrage nur gestreift wor-  
den. Einzelheiten sind überhaupt nicht erörtert worden  
und infolgedessen ist auch die Frage des Panzerkreuzers  
nicht einmal berührt, geschweige denn entschieden worden.

### Abreise Stimsons.

Der Empfang bei Hindenburg. — Vertrauen zu Deutsch-  
land und seinen Hilfskräften.

— Berlin, 28. Juli.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den ameri-  
kanischen Staatssekretär Stimson zu einer längeren Bespre-  
chung, bei der auch die Botschafter Deutschlands und der  
Vereinigten Staaten, Dr. von Priltz und Gaffron und  
Sackell, sowie Staatssekretär Dr. Meißner zugegen waren.

Vor seiner Abreise hatte Stimson noch eine Unter-  
redung mit den Vertretern der Presse, wobei er folgende  
Erklärung abgab:

„Mein Besuch hat mir viel Freude bereitet. Es war  
mir vergönnt, den Reichskanzler, den Außenminister und  
die Mehrzahl der anderen Mitglieder der deutschen Regie-  
rung kennenzulernen sowie eine Anzahl anderer einfluss-

reicher Deutscher. Gestern besuchte ich mit dem Reichskanz-  
ler und Dr. Curtius einige Museen sowie Potsdam und  
Sanssouci und hatte Gelegenheit, die Berliner bei ihrem  
Festtag und bei ihrer Erholung zu beobachten. Diese Ge-  
legenheit war mir von Nutzen und hat mich erfreut.“

Für Reichskanzler Dr. Brüning und seine Mitarbeiter  
habe ich großen Respekt und große Achtung. Ich habe in  
den Konferenzen in Paris und London gesagt, daß die ameri-  
kanische Regierung und das amerikanische Volk Zutrauen  
haben zu Deutschland und seinem Volk, seinen Hilfskräften  
und seiner Zukunft, und meine Ansichten sind durch das,  
was ich bei meinem Besuch jetzt gesehen habe, bestätigt  
worden.

Ich glaube, daß die gegenwärtigen finanziellen Schwie-  
rigkeiten zum größten Teil zurückzuführen sind auf vor-  
übergehenden Mangel an Zutrauen, und daß mit Mut und  
dem wiederkehrenden Vertrauen Deutschlands sein Wohler-  
gehen wieder erlangen wird.“

Die Weiterreise nach London trat Staatssekretär Stim-  
son mit dem planmäßigen Flugzeug der Luft Hanja an.  
Zur Verabschiedung hatten sich eingefunden der amerika-  
nische Botschafter Sackell mit einem Teil des Personals der  
Botschaft, der deutsche Botschafter in Washington, von  
Britt und Gaffron, Ministerialdirektor Dietrich, der  
Chef des Protokolls, Graf Tattenbach, Oberregierungsrat  
Blanc von der Reichskanzlei war ebenfalls erschienen, um  
dem scheidenden amerikanischen Staatssekretär die letzten  
Grüße des Reichskanzlers zu übermitteln.

Das Tempelhofer Feld hatte dem scheidenden Gast zu  
Ehren das Sternenbanner gesetzt.

### Angabe der Auslandsschulden

Durch Notverordnung angeordnet. — Kabinettsberatungen  
über die Forderung der Zahlungssperre.

— Berlin, 28. Juli.

Das Reichskabinett hielt in Anwesenheit des preußi-  
schen Finanzministers und des Reichsbankpräsidenten Dr.  
Cuther eine Sitzung ab, die der Vorbereitung der Maß-  
nahmen für die weitere Auflockerung des Geldverkehrs  
diente. Dem Reichspräsidenten wurde eine Notverordnung  
unterbreitet, durch die die Reichsregierung ermächtigt wird,  
Vorschriften über die Anmeldung von Auslandsschulden zu  
erlassen. Nach der Unterzeichnung der Notverordnung  
durch den Reichspräsidenten verabschiedete das Kabinett so-  
gleich eine Durchführungsverordnung.

Die Durchführungsverordnung besteht aus fünf Para-  
graphen, von denen der erste den Kreis der von der An-  
meldepflicht Betroffenen regelt. Danach haben 1. alle  
natürlichen Personen, die im Deutschen Reich ihren Wohn-  
sitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, 2. die Aktien-  
gesellschaften und Genossenschaften etc., die rechts- und  
nichtrechtsfähigen Vereine sowie Körperschaften des öffent-  
lichen Rechts, deren Sitz bzw. Ort der Leistung im Inland  
liegt und 3. alle Inländer ihre Zahlungsverpflichtungen  
gegenüber ausländischen Gläubigern anzumelden.

Anzumelden sind ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt  
der Fälligkeit die beim Inkrafttreten dieser Verordnung  
bestehenden Zahlungsverpflichtungen, die in Reichsmark  
oder in einer ausländischen Währung zu erfüllen sind, und  
deren Gläubiger den Wohnsitz, Sitz oder Ort der Leistung  
im Ausland oder im Saargebiet haben. Nicht anzumel-  
den sind die Zahlungsverpflichtungen eines Schuldners,  
deren Nennbetrag oder Gegenwert insgesamt 50 000 Reichs-  
mark nicht erreicht.

Die Anmeldung ist binnen zehn Tagen nach Inkraft-  
treten dieser Verordnung bei der Anmeldestelle für Aus-  
landsschulden in Berlin SW 111 zu bewirken. Die Anmel-  
dung erfolgt durch Beantwortung der in einem Vordruck der  
Anmeldestelle enthaltenen Fragen.

Wer den Vorschriften der Paragraphen 1 bis 3 zuwider  
die Anmeldung nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig  
bewirkt, wird mit Geldstrafe bestraft.

Die Inkraftsetzung der Verordnung erfolgte mit Wir-  
kung vom 28. Juli 1931.

### Minister Franzen zurückgetreten

— Berlin, 28. Juli.

Der braunschweigische Staatsminister Dr. Franzen,  
einer der Führer der Nationalsozialisten, hat mit einem  
Schreiben an den Präsidenten des Braunschweigischen

Datum geht es in diesen Tagen. Sind wir zu einem  
solchen Wagnis bereit?

Seit den Tagen von Helsingfors ist fünf Jahre hin-  
durch eine kleine Gruppe von Männern in unserer Welt-  
bühnenarbeit am Werke gewesen, um den Weg zu diesem  
Wagnis zu räumen. Als Vorsitzender dieser Arbeitsgruppe  
in unserem Weltbündenvorstand darf ich mit tiefem Dank  
davon reden, wie wir hier Schritt für Schritt geführt  
worden sind. Hier war keine künstliche Begeisterung. Es  
wurde uns auch keine große Erkenntnis mit einem Male  
geschenkt. Wir haben Schritt für Schritt den Boden er-  
kämpft, auf dem wir heute stehen. Am Ende wurde uns  
die Vereinskraft geschenkt, in diese Tage von Toronto  
hineinzugehen wie zu einem Wagnis mit Gott.

Da bitten wir in dieser Stunde Euch, die Ihr mit  
einer heißen Liebe zu dem jungen Mann von heute zu-  
sammengekommen seid: Helft alle mit, daß die großen  
Opfer an Zeit, Geld und Kraft hinter dieser Konferenz  
nicht vergeblich seien! Laßt dahinten alles Vertrauen  
auf die Tüchtigkeit Eurer Methoden! Baut nicht auf die  
Zahlen Eurer Organisationen! Begnügt Euch nicht da-  
mit, hier eine wunderwolle Stimmung weltweiter Bru-  
derschaft zu empfinden, sondern wagt es, das Schiffslein  
der Zukunft der Welt, in dem der junge Mann von heute  
sitzt, hinauszutreiben auf den Ozean der Gedanken Got-  
tes! Seid kühn in Euren Erwartungen und demütig in  
Eurem Gebet! Laßt uns die Gaben wagen, daß der  
lebendige Gott eine Herausforderung an die junge  
Mannschaft der Welt bereit hat, die mehr bedeutet als  
alles, was sie sonst wagen könnte.

Diese Konferenz wird nichts wert sein, und alle Opfer,  
die dafür gebracht werden, sind umsonst, wenn sie weni-  
ger bedeutet als eine Jugend vor dem Wagnis mit Gott.

Das aber  
willkürliche Z  
nicht ist und  
Ziel der Polit  
Rechtmäßigkeit sein  
Rechtsgrunda  
ihrer Forderu  
theoretisch un  
bei auf religi  
sind. Ordnu  
agenden Nut  
und es lohnt  
es Staates,  
e verankert  
un Weltansch  
kun, die mehr  
erhebt auf  
redit", muß  
r, muß sich  
opportunitäts  
wissenschaftliche Z  
wissen organi  
Weltanschaulich  
Es war bis  
genz unert  
an könnte w  
ug, durch o  
enn sie sich  
ollziehbar. Das  
angelhaft sein  
edtsordnung  
etrachtet tut  
von Wirt  
chtmäßig oh  
ie bestehende  
und hier offen  
echt auf Arb  
iert, und w  
enn mangel  
soß durch Pa  
schende Pra  
es unträgl  
en werden